



2. April 2012

Peer Steinbrück befeuert populistische Neid-Debatte: Deutschland hat kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem

Dr. Josef Schlarmann, Bundesvorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU (MIT), kommentiert den Ruf von Peer Steinbrück (SPD) nach höheren Steuern:

„Ex-Bundesfinanzminister Peer Steinbrück befeuert mit seinem Ruf nach einer Erhöhung des Spitzensteuersatzes eine populistische Neiddebatte. Offensichtlich will er das linke Lager der SPD umwerben und Unterstützer für seine Kandidatur als Kanzlerkandidat der SPD gewinnen.

Mit seinem Vorstoß, den Spitzensteuersatz ab einer Einkommensgrenze von 100.000 Euro auf 49 Prozent anzuheben, zielt Steinbrück auf die Leistungsträger unserer Gesellschaft. Diese werden jedoch schon heute über Gebühr belastet, denn die oberen zehn Prozent der Einkommensbezieher zahlen mehr als die Hälfte der Einkommenssteuer. Die untere Hälfte hingegen zahlt gar keine Einkommenssteuer.

Diese gewaltige Umverteilung von oben nach unten reicht Steinbrück offensichtlich nicht aus. Ginge es nach ihm, würde die Steuerbelastung unter Einbeziehung von Kirchensteuer und Solidaritätszuschlag in der Spitze von gegenwärtig rund 48 auf circa 56 Prozent ansteigen. Von einer solchen Erhöhung wären auch viele kleine Unternehmen betroffen, die für das Gros der Arbeitsplätze sorgen.

Mit Sätzen wie *"Nicht, weil es das Ziel ist, die Leute zu quälen, sondern weil es das Mittel ist, um Einnahmen zu generieren"*, suggeriert Steinbrück, der Staat habe ein Einnahmenproblem. Dabei lag das Steueraufkommen in Deutschland nie so hoch wie heute. Steinbrück verschweigt, dass der Staat nicht zu wenig einnimmt, sondern zu viel ausgibt. Die jüngst beschlossenen Gehaltserhöhungen im öffentlichen Sektor sind dafür ein Beispiel.“